

Die im Erwerbsleben tätigen Personen<sup>1)</sup> nach Geschlecht, Wirtschaftsbereich und der Stellung im Beruf in den Regierungsbezirken Baden-Württemberg im Oktober 1959

Geschlecht Wirtschaftsbereich Stellung im Beruf	Baden- Württem- berg	Regierungsbezirk			
		Nord- württ.	Nord- baden	Süd- baden	Süd- württ.- Hohenz.
In 1000					
Im Erwerbsleben tätige Personen <sup>2)</sup>	3 880	1 540	805	794	740
In vH					
Davon nach dem Geschlecht					
Männer .....	59	60	61	59	55
Frauen .....	41	40	39	41	45
Insgesamt .....	100	100	100	100	100
Davon im Wirtschaftsbereich					
Land- und Forstwirtschaft .....	17	14	11	22	24
Produzierendes Gewerbe .....	52	55	53	46	51
Darunter:					
Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung .....	21	26	20	14	18
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Eisen und Metall) .....	22	20	22	22	25
Handel und Verkehr .....	16	16	19	14	11
Öffentlicher Dienst, Dienst- leistungen .....	15	15	17	18	14
Insgesamt .....	100	100	100	100	100
Davon nach der Stellung im Beruf					
Selbständige .....	14	13	13	15	17
Mithelfende Familienangehörige ..	12	11	9	15	17
Beamte .....	4	4	5	4	3
Angestellte und kaufmännische Lehrlinge .....	21	23	22	18	16
Arbeiter und gewerbliche Lehr- linge .....	49	49	51	48	47
Insgesamt .....	100	100	100	100	100

<sup>1)</sup> Nur erste Erwerbstätigkeit. — <sup>2)</sup> Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

tung von Steinen und Erden, Energiewirtschaft und Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe. In der Aufgliederung nach Regierungsbezirken hat die Wirtschaftsabteilung Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung in Nordwürttemberg mit 26 vH den höchsten, in Südbaden mit 14 vH den kleinsten Anteilssatz. Der Unterschied zwischen diesen beiden Werten erklärt sich aus der ungleichmäßigen regionalen Verteilung der Wirtschaftsgruppen Maschinenbau, Fahrzeugbau, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik über die einzelnen Regierungsbezirke. Der Anteil der Wirtschaftsabteilung Verarbeitendes Gewerbe ist in Südwürttemberg-Hohenzollern mit 25 vH der im Erwerbsleben tätigen Personen am höchsten, was vor allem durch die große Bedeutung des Textilgewerbes in diesem Regierungsbezirk bedingt ist. Mit Anteilen von je 22 vH folgen Nord- und Südbaden, den Schluß bildet hier Nordwürttemberg mit 20 vH. Das Verarbeitende Gewerbe ist infolge der

besonderen Struktur seiner Betriebe regional gleichmäßiger über die Regierungsbezirke verteilt als die Wirtschaftsabteilung Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung.

Der Wirtschaftsbereich *Handel und Verkehr* erreicht in Nordbaden mit 19 vH der im Erwerbsleben tätigen Personen den höchsten Anteil, gefolgt von Nordwürttemberg mit 16 vH, Südbaden mit 14 vH und Südwürttemberg-Hohenzollern mit 11 vH. Der hohe Anteil Nordbadens beruht dabei vor allem auf dem höheren Anteil an Beschäftigten der Verkehrswirtschaft. Nordwürttemberg liegt hier hinter Südbaden an dritter Stelle. Dagegen ist der Anteil an Beschäftigten der Wirtschaftsabteilung Handel, Geld- und Versicherungswesen in Nordwürttemberg und Nordbaden nahezu gleich. Den niedrigsten Anteil an Beschäftigten hat in beiden Wirtschaftsabteilungen Südwürttemberg-Hohenzollern.

Im Wirtschaftsbereich *Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen* sind in Südbaden 18 vH, in Nordbaden 17 vH, in Nordwürttemberg 15 vH und in Südwürttemberg-Hohenzollern 14 vH der im Erwerbsleben tätigen Personen beschäftigt. Dabei ist der Anteil der Wirtschaftsabteilung Öffentlicher Dienst in Nordbaden, der der Wirtschaftsabteilung Dienstleistungen in Südbaden am höchsten, letzteres bedingt durch das stark entfaltete Fremdenverkehrsgewerbe im Schwarzwald und im Bodenseegebiet.

**Nordbaden hat den höchsten Anteil an Arbeitern**

In der Aufgliederung nach der Stellung im Beruf werden die Ergebnisse bestätigt, die aus der Aufgliederung nach Wirtschaftsbereichen gewonnen wurden. Die Höhe des Anteils der *Selbständigen* und der *Mithelfenden Familienangehörigen* wird von der Bedeutung der Landwirtschaft im betreffenden Regierungsbezirk bestimmt; beide Anteile sind dementsprechend in Südwürttemberg und Südbaden besonders hoch. Der Anteil der Mithelfenden Familienangehörigen ist in Südwürttemberg-Hohenzollern und in Südbaden gleich dem der Selbständigen, während er in Nordwürttemberg und besonders in Nordbaden darunterliegt. Dies kann darauf zurückgeführt werden, daß in den letztgenannten Regierungsbezirken die mithelfende Tätigkeit oft nur in der zweiten Erwerbstätigkeit ausgeübt wird, die – wie erwähnt – im Rahmen dieser Untersuchung nicht berücksichtigt wurde.

Der Anteil der *Angestellten und kaufmännischen Lehrlinge* ist bei einem Landesdurchschnitt von 21 vH am höchsten in Nordwürttemberg mit 23 vH, am niedrigsten in Südwürttemberg-Hohenzollern mit 16 vH. Der Anteil der *Arbeiter und gewerblichen Lehrlinge* schwankt weniger stark. Bei einem Landesdurchschnitt von 49 vH ist er am höchsten in Nordbaden mit 51 vH, am niedrigsten in Südwürttemberg-Hohenzollern mit 47 vH.

Insgesamt gesehen sind in Nordbaden 78 vH, in Nordwürttemberg 76 vH, in Südbaden 70 vH und in Südwürttemberg-Hohenzollern 66 vH der im Erwerbsleben tätigen Personen in abhängiger Stellung beschäftigt.

Gerhard Gröner

**Die Krankenanstalten am Jahresende 1959**

Am Jahresende 1959 wurde bei allen in Baden-Württemberg gelegenen Krankenanstalten, die der geschlossenen Krankenfürsorge dienen, die seit Jahren übliche Erhebung durchgeführt. Erstmals war 1959 von jeder Fachkrankenanstalt und jeder abgegrenzten Fachabteilung einer Krankenanstalt eine getrennte Nachweisung der dort tätigen Fachärzte und sonstigen Ärzte vorzunehmen.

Für den Jahresbericht 1959 wurde die Systematik der Zweckbestimmungen der Krankenanstalten überarbeitet. Dabei kam es vor allem darauf an, eine für die Krankenhau-

planung und für Maßnahmen zur Sanierung des Krankenhauses brauchbare Abgrenzung der Krankenanstalten für Akut-Kranke und solcher für Nicht-Akut-Kranke zu finden.

**Zahl der Krankenbetten nimmt weiter zu**

Die Zahl der Krankenanstalten in Baden-Württemberg hat sich während des Jahres 1959 unter Berücksichtigung der Neugründungen, Auflösungen und sonstigen Veränderungen um 3 auf 605 erhöht. Die Gesamtzahl der zur Verfügung stehenden Krankenbetten ist im gleichen Zeitraum – vor allem im

**Die Krankenanstalten nach Art und Größenklasse  
am 31. Dezember 1959**

Art Größenklasse nach der Bettenzahl	Kranken- anstalten		Planmäßige Betten	
	Anzahl	vH	Anzahl	vH
Öffentliche Krankenanstalten .....	317	52,4	55 072	66,4
Freigemeinnützige Krankenanstalten .....	107	17,7	18 578	22,4
Private Krankenanstalten .....	181	29,9	9 332	11,2
<b>Insgesamt .....</b>	<b>605</b>	<b>100</b>	<b>82 982</b>	<b>100</b>
unter 50 Betten .....	214	35,3	5 571	6,7
50 bis " 150 " .....	236	39,0	21 208	25,6
150 " " 300 " .....	93	15,4	18 866	22,7
300 " " 500 " .....	36	6,0	13 447	16,2
500 und mehr Betten .....	26	4,3	23 890	28,8
<b>Insgesamt .....</b>	<b>605</b>	<b>100</b>	<b>82 982</b>	<b>100</b>

Zusammenhang mit Erweiterungsbauten bestehender Krankenanstalten – um 2395 auf 87 147 gestiegen; dabei hat die Zahl der planmäßigen Betten um 2608 auf 82 982 zugenommen, während die Zahl der zusätzlich aufgestellten Betten um 213 zurückgegangen ist.

Die *Bettendichte* (Zahl der planmäßigen Betten je 10 000 Einwohner) ist im Land während des Jahres 1959 von 108,1 auf 109,8 gestiegen. Innerhalb der Regierungsbezirke war die Bettendichte am Jahresende 1959 in Südbaden (142,5) und Südwürttemberg-Hohenzollern (133,0) nach wie vor beträchtlich höher als in Nordbaden (101,4) und Nordwürttemberg (86,0), wobei aber zu berücksichtigen ist, daß in den beiden südlichen Regierungsbezirken eine verhältnismäßig große Zahl von Krankenbetten in Kurkrankenanstalten und Heilstätten überörtlichen Charakters steht.

Ähnlich wie im Vorjahr befanden sich auch am Jahresende 1959 etwa zwei Drittel der planmäßigen Betten in öffentlichen Krankenanstalten. Kostenträger dieser Anstalten sind Gebietskörperschaften (Land, Kreise, Gemeinden), Zusammenschlüsse solcher Körperschaften (Kreisverbände, Gemeindeverbände) oder Sozialversicherungsträger. Die freigemeinnützigen Krankenanstalten, deren Träger Stiftungen, kirchliche oder weltliche Vereinigungen sind, verfügten über etwas mehr als ein Fünftel, die privaten Krankenanstalten nur über gut ein Zehntel der planmäßigen Betten. Letztere hatten mit 52 (im Vorjahr 51) planmäßigen Betten je Anstalt auch die niedrigste durchschnittliche Bettenzahl. Bei den freigemeinnützigen Krankenanstalten wie auch bei den öffentlichen Krankenanstalten betrug der Durchschnitt 174 planmäßige Betten. Er ist damit gegenüber 1958 bei den öffentlichen Krankenanstalten um 5 und bei den freigemeinnützigen sogar um 11 gestiegen.

Die Größengliederung der Krankenanstalten nach der planmäßigen Bettenzahl zeigt, daß nahezu zwei Fünftel (39 vH) aller Krankenanstalten in die Gruppe mit 50 bis unter 150 Betten fallen. Über ein Drittel (35,3 vH) der Krankenanstalten verfügt jeweils über weniger als 50 Betten. In beiden Gruppen zusammen (bis zu 150 Betten) befinden sich demnach

rund drei Viertel aller Anstalten. Sie besitzen über knapp ein Drittel (32,3 vH) der planmäßigen Krankenbetten. Demgegenüber stehen gut zwei Drittel der Betten (67,7 vH) in Anstalten der Gruppen mit 150 Betten und mehr, denen insgesamt nur rund ein Viertel (25,3 vH) aller Krankenanstalten angehört.

**Über zwei Drittel aller Krankenanstalten  
sind für Akut-Kranke vorgesehen**

Rechnet man die in der *Tabelle 2* angeführten Krankenanstalten ihrer Zweckbestimmung nach zu den Krankenanstalten für Akut-Kranke, so zählten hierzu Ende 1959 443 oder nahezu drei Viertel aller Krankenanstalten. In den Regierungsbezirken lag der entsprechende Anteil der Krankenanstalten für Akut-Kranke aus den eingangs angedeuteten Gründen bei 60,1 vH in Südwürttemberg-Hohenzollern und 65,4 vH in Südbaden, dagegen bei 84,9 vH in Nordwürttemberg und 88,5 vH in Nordbaden. In den Anstalten für Akut-Kranke befanden sich 58 298 oder 70,3 vH aller in Baden-Württemberg vorhandenen planmäßigen Krankenbetten. In Südwürttemberg und Südbaden betrug der entsprechende Anteil 58,0 vH bzw. 58,6 vH, dagegen in Nordbaden 76,8 vH und in Nordwürttemberg sogar 85,1 vH. Während des Jahres 1959 hat die Zahl der Krankenanstalten für Akut-Kranke in Baden-Württemberg – vornehmlich aus organisatorischen Gründen der Um- und Zusammenlegung – um 5 abgenommen. Der Bestand an planmäßigen Betten in diesen Krankenanstalten hat jedoch im gleichen Zeitraum um 1331 zugenommen. Auch unter Berücksichtigung des Bevölkerungswachstums ist dadurch die Zahl der zur Verfügung stehenden planmäßigen Betten in Anstalten für Akut-Kranke im Laufe des Jahres 1959 um 0,5 auf 77,1 je 10 000 Einwohner gestiegen.

**Fachanstalten und -abteilungen überwiegen**

Ende 1959 standen in Allgemeinen Krankenanstalten mit abgegrenzten Fachabteilungen und in ausgesprochenen Fachkrankenanstalten 75 627 planmäßige Krankenbetten für eine Fachbehandlung zur Verfügung, das sind 91 vH aller planmäßigen Betten. Die größten Anteile des Bettenbestandes beanspruchten dabei die Fachgebiete Innere Krankheiten (19 vH), Chirurgie einschl. Neurochirurgie (18 vH), Psychiatrie (15 vH) und Tuberkulose (14 vH). Mit jeweils weniger als 1 vH aller planmäßigen Betten innerhalb der Fachabteilungen waren die Gebiete Kieferchirurgie (0,3 vH), Röntgen- und Strahlenheilkunde (0,4 vH) sowie Geschlechtskrankheiten (0,6 vH) ausgerüstet. Nur 9 vH der 82 982 planmäßigen Betten insgesamt waren Ende 1959 für die Allgemeinbehandlung von Kranken vorgesehen bzw. standen in allgemeinen Krankenanstalten ohne abgegrenzte Fachabteilungen.

Am Jahresende 1959 waren in den Krankenanstalten Baden-Württembergs 4868 Ärzte tätig, das sind 147 mehr als Ende 1958. Von den Ärzten wirkten 3593 (73,8 vH) in öffentlichen, 807 (16,6 vH) in freigemeinnützigen und 468 (9,6 vH) in privaten Krankenanstalten. 2434 Ärzte, also genau die Hälfte aller am Jahresende 1959 tätigen Krankenhausärzte, besaßen eine Anerkennung als Facharzt. Auf die Anstaltsarten ver-

**Die Krankenanstalten und Krankenbetten am 31. Dezember 1958 und 1959**

Regierungsbezirk Land	1958						1959					
	Krankenanstalten		Planmäßige Betten				Krankenanstalten		Planmäßige Betten			
	insgesamt	nur für akut Kranke <sup>1)</sup>	in allen Anstalten		in Anstalten für akut Kranke <sup>1)</sup>		insgesamt	nur für akut Kranke <sup>1)</sup>	in allen Anstalten		in Anstalten für akut Kranke <sup>1)</sup>	
			Anzahl	auf 10 000 d. Bevölk.	Anzahl	auf 10 000 d. Bevölk.			Anzahl	auf 10 000 d. Bevölk.	Anzahl	auf 10 000 d. Bevölk.
Nordwürttemberg .....	168	145	24 637	85,2	20 949	72,5	166	141	25 338	86,0	21 573	73,2
Nordbaden .....	94	83	16 129	98,8	12 701	77,8	96	85	16 813	101,4	12 909	77,8
Südbaden .....	203	136	21 901	140,2	13 115	84,0	205	134	22 607	142,5	13 245	83,5
Südwürttemberg-Hohenzollern .....	137	84	17 707	131,5	10 202	75,7	138	83	18 224	133,0	10 571	77,2
<b>Baden-Württemberg .....</b>	<b>602</b>	<b>448</b>	<b>80 374</b>	<b>108,1</b>	<b>56 967</b>	<b>70,6</b>	<b>605</b>	<b>443</b>	<b>82 982</b>	<b>109,8</b>	<b>58 298</b>	<b>77,1</b>

<sup>1)</sup> Ohne Tuberkulose-Krankenanstalten, Psychiatrische Landeskrankenhäuser (früher Heil- und Pflegeanstalten), Krankenanstalten für Psychiatrie, Krankenanstalten für Suchtkrankheiten, Beobachtungskrankenanstalten, Versorgungskrankenanstalten, Rehabilitationskrankenanstalten, Versichertenkrankenanstalten, Krankenanstalten für chronisch Kranke, Kurkrankenanstalten.

**Krankenbetten und Ärzte der Krankenanstalten mit abgegrenzten Fachabteilungen am 31. Dezember 1959**

Fachkrankenanstalten bzw. Fachabteilungen	Plan- mäßige Betten	Überzählige (zusätzlich aufgestellte Betten)	Fachärzte <sup>1)</sup>			Sonstige Ärzte				Medizinal- assistenten
			haupt- amtliche Ärzte	Beleg- ärzte	hospiti- tierende Ärzte	haupt- amtliche Ärzte	Beleg- ärzte	Pflicht- assistenten	hospiti- tierende Ärzte	
Chirurgie einschl. Neurochirurgie .....	13 686	852	352	22	—	438	11	15	5	110
Innere Krankheiten .....	14 340	745	362	24	—	516	15	8	13	131
Infektionskrankheiten .....	582	18	6	—	—	11	—	—	—	1
Tuberkulose .....	10 471	341	169	10	—	77	2	—	—	4
Gynäkologie .....	3 321	100	109	55	—	104	2	4	1	40
Geburtshilfe .....	2 156	87	49	74	—	44	28	—	—	14
Säuglingskrankheiten .....	568	28	18	2	—	21	1	—	—	11
Kinderkrankheiten .....	3 075	207	62	12	—	83	3	—	1	15
Hals-, Nasen-, Ohrenkrankheiten .....	1 816	72	50	72	—	33	2	2	—	6
Augenkrankheiten .....	1 068	23	40	39	1	36	2	3	—	3
Hautkrankheiten .....	860	35	25	9	—	22	—	—	1	12
Geschlechtskrankheiten .....	427	12	15	1	—	13	—	—	—	5
Psychiatrie .....	11 004	533	107	—	—	78	—	—	3	9
Neurologie .....	917	14	41	1	—	33	—	1	10	7
Röntgen- u. Strahlenheilkunde .....	325	4	36	—	—	28	—	1	—	2
Orthopädie .....	1 340	102	48	4	—	31	—	—	—	1
Urologie .....	731	23	17	11	—	14	—	—	—	3
Kieferchirurgie .....	210	2	15	3	—	49	3	—	1	—
Chronisch-Kranke .....	2 400	113	4	7	—	8	2	—	—	—
Sonstige Fachabteilungen .....	6 330	188	92	12	—	55	14	1	—	—
<b>Insgesamt .....</b>	<b>75 627</b>	<b>3 499</b>	<b>1 617</b>	<b>358</b>	<b>1</b>	<b>1 694</b>	<b>85</b>	<b>35</b>	<b>35</b>	<b>374</b>

<sup>1)</sup> Nur Fachärzte der Fachdisziplin der Abteilung, Fachärzte anderer Disziplinen werden hier zu den „sonstigen Ärzten“ gerechnet.

teilten sich die Fachärzte wie folgt: 1625 (66,8 vH) waren in öffentlichen, 466 (19,1 vH) in freigemeinnützigen und 343 (14,1 vH) in privaten Krankenanstalten tätig. Weitgehend der unterschiedlichen Struktur und Zweckbestimmung der einzelnen Anstaltsarten ist es zuzuschreiben, daß der Anteil der Fachärzte in den privaten Krankenanstalten 73 vH, dagegen in den freigemeinnützigen 58 vH und in den öffentlichen nur 45 vH beträgt.

In Tabelle 3 wird von sämtlichen Fachkrankenanstalten und abgegrenzten Fachabteilungen Allgemeiner Krankenanstalten für jedes Fachgebiet die Zahl der Ärzte und der vorhandenen Krankenbetten nachgewiesen. Da je nach Fachgebiet an die behandelnden und betreuenden Ärzte unterschiedliche Anforderungen gestellt werden, kann selbstverständlich das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Ärzten und Patienten (Betten) in den einzelnen Fachgebieten nicht einheitlich sein. Wie die Tabelle im einzelnen zeigt, ist auch die Zusammensetzung der Ärzteschaft nach Fachärzten und sonstigen Ärzten oder nach hauptamtlichen Ärzten, Belegärzten und hospitierenden Ärzten in den Fachgebieten recht unterschiedlich. So ist beispielsweise in den großen Fachgebieten Chirurgie und Innere Krankheiten die Zahl der Fachärzte dieser Disziplinen jeweils kleiner als die Zahl der sonstigen dort tätigen Ärzte. Während in den Fachgebieten Psychiatrie, Röntgen- und Strahlenheilkunde, Neurologie, Säuglingskrankheiten und Geschlechtskrankheiten keine oder doch nur verhältnismäßig wenige Belegärzte zu finden sind, ist unter den Fachärzten der Gebiete Gynäkologie und Geburtshilfe, Hals-, Nasen-, Ohrenkrankheiten sowie Augenkrankheiten die Zahl der hauptamtlichen Ärzte kleiner oder zumindest nicht viel größer als die der Belegärzte.

**Die Krankenhausärzte in Baden-Württemberg am 31. Dezember 1959**

Berufsgruppe	Anzahl	Davon in		
		öffent- lichen	frei- gemein- nützigen	privaten
		Anstalten		
Leitende Ärzte <sup>1)</sup> .....	1 220	688	265	267
Oberärzte .....	408	309	66	33
Assistenzärzte .....	2 364	1 926	316	122
Hilfsärzte .....	59	44	12	3
Pflichtassistenten .....	33	25	7	1
Sonstige Belegärzte .....	353	239	81	33
Hospitierende, unbezahlte Ärzte .....	36	33	2	1
Medizinalassistenten .....	395	329	58	8
<b>Ärzte insgesamt .....</b>	<b>4 868</b>	<b>3 593</b>	<b>807</b>	<b>468</b>
Dagegen 31. Dezember 1958 .....	4 721	3 500	792	429
<b>Darunter Fachärzte insgesamt .....</b>	<b>2 434</b>	<b>1 625</b>	<b>466</b>	<b>343</b>
In vH .....	50,0	45,2	57,7	73,3
Davon für:				
Chirurgie einschl. Neurochirurgie .....	501	378	91	32
Innere Krankheiten .....	495	345	79	71
Lungenkrankheiten .....	176	89	35	52
Frauenkrankheiten u. Geburtshilfe .....	342	164	97	81
Kinderkrankheiten .....	121	76	33	12
HNO-Krankheiten .....	193	117	50	26
Augenkrankheiten .....	121	82	25	14
Haut- u. Geschlechtskrankheiten .....	56	54	1	1
Nerven- u. Geisteskrankheiten .....	165	136	8	21
Röntgenologie- u. Strahlenheilkunde .....	82	69	11	2
Orthopädie .....	71	49	13	9
Urologie .....	45	17	10	18
Mund- u. Kieferkrankheiten .....	19	13	5	1
Anästhesie .....	10	9	1	—
Laboratoriumsdiagnostik .....	4	3	1	—
Sonstige Fachärzte .....	33	24	6	3

<sup>1)</sup> Einschließlich Leitende Belegärzte.

derungen gestellt werden, kann selbstverständlich das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Ärzten und Patienten (Betten) in den einzelnen Fachgebieten nicht einheitlich sein. Wie die Tabelle im einzelnen zeigt, ist auch die Zusammensetzung der Ärzteschaft nach Fachärzten und sonstigen Ärzten oder nach hauptamtlichen Ärzten, Belegärzten und hospitierenden Ärzten in den Fachgebieten recht unterschiedlich. So ist beispielsweise in den großen Fachgebieten Chirurgie und Innere Krankheiten die Zahl der Fachärzte dieser Disziplinen jeweils kleiner als die Zahl der sonstigen dort tätigen Ärzte. Während in den Fachgebieten Psychiatrie, Röntgen- und Strahlenheilkunde, Neurologie, Säuglingskrankheiten und Geschlechtskrankheiten keine oder doch nur verhältnismäßig wenige Belegärzte zu finden sind, ist unter den Fachärzten der Gebiete Gynäkologie und Geburtshilfe, Hals-, Nasen-, Ohrenkrankheiten sowie Augenkrankheiten die Zahl der hauptamtlichen Ärzte kleiner oder zumindest nicht viel größer als die der Belegärzte.

**Etwa jeder siebte Einwohner in stationärer Behandlung**

Im Jahr 1959 wurden in Baden-Württemberg insgesamt 997 000 Kranke stationär behandelt, das sind rund 48 000 mehr als im Jahr zuvor. Im Durchschnitt hatte sich jeder siebte bis achte Einwohner des Landes im Verlauf des Jahres 1959 einmal in stationäre Behandlung begeben.

Der durchschnittliche Krankenwechsel je Bett erhöhte sich im Jahr 1959 gegenüber 1958 von 11,8 auf 12,0. In der Aufgliederung nach der Zweckbestimmung der Krankenanstalt können die Ergebnisse dieser beiden Jahre nicht verglichen werden, da im Jahr 1959 die Krankenkategorie in Krankenanstalten mit abgegrenzten Fachabteilungen für diese nicht gesondert nachgewiesen wurde. Die folgenden Zahlen über die Krankenkategorie 1959 beziehen sich demnach ausschließlich auf die entsprechenden Fachkrankenanstalten. Im Jahr 1959 hatten die Krankenanstalten für chronisch Kranke und Sieche mit 1,2 Kranken je Bett den geringsten Krankenwechsel. Es folgten die psychiatrischen Landeskrankenhäuser mit 2,2 und die Tuberkulose-Krankenanstalten mit 3,4. Am höchsten war er mit 25,0 in den gynäkologisch-geburtshilflichen Anstalten und mit 26,2 in den Anstalten für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Patienten betrug im Berichtsjahr 29,7 Tage und verminderte sich damit gegenüber dem Jahr 1958 um 0,6 Tage. Je nach der Art der Krankenanstalt ergeben sich im Durchschnitt Unterschiede zwischen den privaten Krankenanstalten mit einer Verweil-

dauer von 34,6 Tagen, den freigemeinnützigen Krankenanstalten mit 32,1 Tagen und den öffentlichen Krankenanstalten mit 28,3 Tagen.

Im Jahr 1959 wurden die zur Verfügung stehenden Betten – unter Einrechnung der zusätzlich aufgestellten Betten – zu durchschnittlich 87 vH ausgenutzt. In den öffentlichen und in

den freigemeinnützigen Krankenanstalten lag dieser Durchschnitt bei 88 vH, in den privaten Krankenanstalten dagegen bei 83 vH. Unter den Regierungsbezirken hatte Südwürttemberg-Hohenzollern mit 89 vH den höchsten Ausnutzungsgrad, gefolgt von Nordbaden mit 88 vH, Nordwürttemberg mit 87 vH und Südbaden mit 85 vH.

Steinki/Klucke

## Die Steuereinnahmen im 4. Rechnungsvierteljahr und im Rechnungsjahr 1960

### Unverminderte Wachstumsquote im 4. Rechnungsvierteljahr 1960

In den Monaten Januar bis März 1961, dem letzten Quartal des Rechnungsjahres 1960, blieben in Baden-Württemberg die kassenmäßigen Einnahmen aus Bundes-, Länder- und Gemeindesteuern sowie Lastenausgleichsabgaben mit 2536 Millionen DM zwar – der Saisontendenz entsprechend – hinter dem Aufkommen des Vorvierteljahres (2655 Mill. DM) zurück, übertrafen jedoch die Einnahmen des gleichen Vorjahreszeitraums<sup>1</sup> um 402 Mill. DM = 18,9 vH; die relative Aufkommensvermehrung war damit ebenso groß wie im dritten Rechnungsvierteljahr 1960<sup>2</sup>.

Die Einnahmen aus den *Bundes- und Ländersteuern* erhöhten sich in den Monaten Januar bis März 1961 gegenüber dem gleichen Vorjahresquartal um rund 369 Mill. DM = 21 vH auf 2123 Mill. DM. Von dieser Summe verblieben dem *Land* (nach Abzug des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer) 873 Mill. DM; das waren 190,5 Mill. DM = 27,9 vH mehr als im letzten Rechnungsvierteljahr 1959. Die Einnahmen des *Bundes* vermehrten sich im Berichtsvierteljahr um 178 Mill. DM = 16,6 vH auf 1250 Mill. DM; davon stammten gut sieben Zehntel aus den speziellen Bundessteuern, der Rest aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Die Steuereinnahmen des Landes haben sich, wie die folgende Tabelle noch näher zeigt, bis zum Schluß des Rechnungsjahres weiterhin überdurchschnittlich gut verbessert.

Entwicklung der Steuereinnahmen nach Rechnungsvierteljahren

Rechnungsvierteljahr	Bundessteuern	Ländersteuern <sup>1)</sup>	Zusammen	Davon <sup>2)</sup> dem Land verblieben	Gemeindesteuern	Lastenausgleichsabgaben	Insgesamt (Spalten 3+5+6)
	1	2	3	4	5	6	7
Millionen DM							
1959 I ..	715	826	1 541	587	307	92	1 940
II ..	755	863	1 618	611	310	72	2 000
III ..	802	1 007	1 809	704	346	78	2 233
IV ..	780	974	1 754	682	308	72	2 134
1960 I ..	805	942	1 747	665	319	68	2 134
II ..	833	1 097	1 930	766	342	64	2 336
III ..	898	1 277	2 175	891	412	68	2 655
IV ..	876	1 246	2 122	873	348	66	2 536

Veränderung 1960 gegen 1959 in vH

1960 I ..	+ 12,5	+ 14,0	+ 13,3	+ 13,3	+ 4,0	- 25,6	+ 10,0
II ..	+ 10,4	+ 27,2	+ 19,3	+ 25,5	+ 10,0	- 11,8	+ 16,8
III ..	+ 12,0	+ 26,8	+ 20,2	+ 26,5	+ 19,3	- 12,7	+ 18,9
IV ..	+ 12,4	+ 27,9	+ 21,0	+ 27,9	+ 13,0	- 8,4	+ 18,9

<sup>1)</sup> Einschließlich der an den Bund abgeführten Anteile aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer. – <sup>2)</sup> Spalte 2 nach Abzug des in Anmerkung 1 erwähnten Bundesanteils.

Die Mehreinnahmen an *staatlichen Steuern* kamen in den Monaten Januar bis März 1961 – wie in den Vorvierteljahren – hauptsächlich aus vier Steuern auf, nämlich aus der Lohnsteuer (+ 92,0 Mill. DM = 34,4 vH), der veranlagten Einkommensteuer (+ 79,9 Mill. DM = 25,0 vH), der Umsatzsteuer

(+ 68,4 Mill. DM = 12,9 vH) und der Körperschaftsteuer (+ 54,1 Mill. DM = 22,7 vH). Relativ besonders hohe Zuwachsquoten zeigen sich im Berichtsvierteljahr ferner bei der Mineralölsteuer (+ 72 vH), bei den nichtveranlagten Steuern vom Ertrag (+ 60 vH) und bei der Kraftfahrzeugsteuer (+ 22,6 vH). Bei der Ergiebigkeit der Mineralölsteuer wirkten sich außer der ständigen Verbrauchszunahme die weiter unten erwähnten Steuerrechtsänderungen aus, bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag die erhöhten Dividendenaus-schüttungen (Kapitalertragsteuer).

Der Aufkommenszuwachs der *Gemeindesteuern* hat sich im letzten Quartal des Rechnungsjahres 1960 im Gegensatz zu den staatlichen Steuern abgeschwächt. Vereinnahmt wurden 348 Mill. DM; das waren 39,9 Mill. DM = 13 vH mehr als im gleichen Abschnitt des Vorjahres. Zu dieser Mehreinnahme hat allein die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital 37 Mill. DM beigesteuert; sie erreichte damit die Summe von 264 Mill. DM (+ 16,3 vH).

Bei den *Lastenausgleichsabgaben* hat sich die seit längerer Zeit rückläufige Tendenz der Erträge in den Monaten Januar bis März 1961 weiter verringert; sie brachten 66,1 Mill. DM ein, das waren nur noch 8,4 vH weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

### Rechnungsjahr 1960 brachte neuen Höchststand

Die große Steuerergiebigkeit des Vorjahres<sup>3</sup> wurde unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Hochkonjunktur im Rechnungsjahr 1960 noch weit übertroffen. Die Gesamtsteuereinnahmen, die 1959 in Baden-Württemberg um 1081 Mill. DM (15 vH) auf 8307 Mill. DM angewachsen waren, stiegen 1960 um 1355 Mill. DM (16,3 vH) auf 9662 Mill. DM an. Von dieser Summe entfielen 7975 Mill. DM = 82,5 vH auf Bundes- und Ländersteuern, 1421 Mill. DM = 14,7 vH auf Gemeindesteuern und der Rest (266 Mill. DM = 2,8 vH) auf die Lastenausgleichsabgaben.

Die Einnahmeentwicklung weist im einzelnen erhebliche Unterschiede auf. Während der Zuwachs bei den staatlichen Steuern (+ 18,6 vH) weit stärker war als bei den kommunalen (+ 11,8 vH), blieben die Lastenausgleichsabgaben hinter dem Vorjahrsertrag zurück (– 15,2 vH); diese Abnahme erklärt sich teils durch eine Verringerung der Abgabeverpflichtungen infolge vorzeitiger Ablösungen, teils durch das Auslaufen der Hypothekengewinnabgabe.

Die Steigerung der Einnahmen aus den staatlichen Steuern war 1960 – wie im Vorjahr – wesentlich größer als das Wachstum des Bruttosozialprodukts, das im Kalenderjahr 1960 nach vorläufiger Berechnung für das Bundesgebiet 11,3 vH (im Vorjahr 8,5 vH) betrug. Das Schwergewicht des Mehrertrags entfiel im Rechnungsjahr 1960 auf die *Lohnsteuer* (+ 348 Millionen DM = 37 vH), die *veranlagte Einkommensteuer* (+ 283 Mill. DM = 23,5 vH), die *Umsatzsteuer* (+ 260 Millionen DM = 12,6 vH) und die *Körperschaftsteuer* (+ 162 Millionen DM = 18,4 vH). In dem rapiden Wachstum des Lohnsteuerertrags spiegelt sich die starke Zunahme des Brutto-Arbeitseinkommens wider, die größtenteils auf den 1960 erfolgten kräftigen Erhöhungen der Lohn- und Gehaltssätze be-

<sup>3)</sup> Vgl. dazu die ausführliche Darstellung in „Statistische Monatshefte Baden-Württemberg“, 8. Jg. 1960, Heft 12, S. 322 ff.

<sup>1)</sup> Vgl. „Statistische Monatshefte Baden-Württemberg“, 8. Jg. 1960, Heft 6, S. 154 ff.

<sup>2)</sup> Vgl. „Statistische Monatshefte Baden-Württemberg“, 9. Jg. 1961, Heft 3, S. 70 ff.